



Deutscher Evangelischer
Krankenhausverband e.V.

Im Verbund der
Diakonie

Pressemitteilung

Berlin, 22. Juni 2021

DEKV: Krankenhausfinanzierung hat Priorität in der nächsten Legislaturperiode Krankenhausfinanzierung und Krankenhausstruktur in Deutschland müssen zukunftsfähig und wirtschaftlich aufgestellt werden

Dreizehn Prozent der Krankenhäuser in Deutschland waren im Jahr 2019 von Insolvenz bedroht, insgesamt 40 Prozent waren finanziell gefährdet. Diese Ergebnisse des „Krankenhaus Rating Reports 2021“ zeigen: Beim Thema Krankenhausfinanzierung und Krankenhausstruktur besteht dringender Handlungsbedarf. Im Wahlprogramm, das CDU und CSU am 21. Juni 2021 vorgestellt haben, wird dem Rechnung getragen, indem die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung sowohl in der Krankenhausplanung als auch in der Krankenhausfinanzierung berücksichtigt werden soll. „Wir begrüßen, dass alle Parteien dem Thema Krankenhausfinanzierung und Krankenhausstruktur eine hohe Priorität in der kommenden Legislaturperiode einräumen und eine Lösung herbeiführen möchten. Laut Bundesrechnungshof beträgt die Länderinvestitionslücke 4 Milliarden Euro pro Jahr. Sie belastet nicht nur Krankenhäuser in ländlichen Regionen, sondern alle Häuser, denn sie führt zu der Fehlentwicklung, dass Krankenhäuser Gewinne zur Finanzierung von Investitionen erwirtschaften müssen“, betont Christoph Radbruch, Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes e.V. (DEKV).

Die Krankenhausfinanzierung muss erweitert werden

Bei der Finanzierung von bedarfsnotwendigen Kliniken, insbesondere in ländlichen Bereichen, versagt das jetzige leistungsorientierte Finanzierungssystem der DRGs, wenn die Fallzahlen nicht ausreichen, um die notwendigen Kosten für das vorzuhaltende Personal zu erwirtschaften. Daher muss aus Sicht des DEKV das jetzige duale System durch eine zusätzliche Finanzierungsform erweitert werden. Diese sollte sich durch Steuermittel tragen und dient nach Ausgliederung der Pflege aus den DRGs hauptsächlich der Finanzierung des ärztlichen und nichtärztlichen Personals.

Krankenhäuser müssen Versorgungsaufgaben in der Region übernehmen

„Gerade im ländlichen Raum – aber nicht nur dort – müssen die verschiedenen Sektoren im Gesundheitswesen stärker ineinandergreifen, um eine qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge sicherzustellen. Dazu sind die Kooperation zwischen den Krankenhäusern und eine regionale Planung Voraussetzungen. Ihr Ziel muss es sein, in allen Regionen eine hohe Qualität, eine gute Zugänglichkeit und Kontinuität der Versorgung sicherzustellen. Deswegen brauchen wir einen bundeseinheitlich verbindlichen Planungs- und Finanzierungsrahmen mit Mindeststandards, der regionale Vielfalt in der Patientenversorgung ermöglicht“, so Radbruch weiter.

Seite 1 von 2

 DEKV e.V.
Invalidenstr. 29
10115 Berlin

 office@dekv.de
 +49 30 80 19 86-0
 www.dekv.de

Vorsitzender **Verbandsdirektorin**
Christoph
Radbruch
Melanie
Kanzler

Steuer-Nr.
27.663.56113

USt.-ID-Nr.
DE 212944172

Krankenhäuser werden zukünftig stärker als heute die Organisation der gesamten Versorgung in einer Region übernehmen und Versorgungsnetzwerke mit anderen Krankenhäusern, Vertragsärzten und anderen Gesundheitsdienstleistern bilden. „Damit die Versorgung am Bedarf orientiert ist, ist eine transparente regionale Planung die Voraussetzung, die auf einer kleinräumigen regionalen Versorgungsbedarfsforschung basiert. Nur so kann die Versorgung konsequent an der regionalen Morbidität und Bevölkerungsstruktur ausgerichtet werden. Deswegen fordern wir die Förderung solcher Forschung. Die gewonnenen Daten sollten den Krankenhäusern und den Krankenkassen frei zugänglich sein, damit transparente Entscheidungen zur Bedarfsgerechtigkeit ermöglicht werden“, erklärt der DEKV-Vorsitzende.

„Die Probleme bei der Krankenhausfinanzierung und -struktur sind erkannt. An einer Lösung möchten wir als DEKV gern mitwirken. Aus unserer Sicht braucht es dazu neue Verabredungen zwischen den Vertretern der Politik, den Krankenkassen, den Krankenhäusern und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Mit der Einberufung einer Enquete-Kommission, an der alle interessierten Kreise beteiligt sind und die von politischen Vertretern aus Bund und Ländern moderiert werden, kann es gelingen, die Zukunft der Krankenhäuser im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode aus verschiedenen Perspektiven zu denken, Interessen auszubalancieren und verbindliche Verabredungen zu treffen“, so Radbruch

Pressekontakt:

Medizin & PR GmbH – Gesundheitskommunikation
Barbara Kluge | Eupener Straße 60, 50933 Köln
E-Mail: barbara.kluge@medizin-pr.de | Tel.: 0221 / 77543-0

Melanie Kanzler | Verbandsdirektorin
E-Mail: kanzler@dekv.de | Tel.: 030 80 19 86-11

Der Deutsche Evangelische Krankenhausverband e.V. (DEKV) vertritt mit 201 evangelischen Kliniken an über 270 Standorten jedes achte deutsche Krankenhaus. Die evangelischen Krankenhäuser versorgen jährlich mehr als 2,5 Mio. Patientinnen und Patienten stationär und mehr als 3 Mio. ambulant. Mit über 120.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 10 Mrd. € sind sie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der DEKV ist Branchenverband der evangelischen Krankenhäuser und Mitglied im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. Der DEKV setzt sich insbesondere für eine zukunftsorientierte und innovative Krankenhauspolitik mit Trägervielfalt, verlässliche Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung, eine Modernisierung der Gesundheitsberufe und für eine zukunftsorientierte konsequente Patientenorientierung in der Versorgung ein.

Vorsitzender: Vorsteher Christoph Radbruch, Magdeburg, stellvertr. Vorsitzende: Andrea Trenner, Berlin, Schatzmeister: Dr. Holger Stiller, Düsseldorf, Verbandsdirektorin: Melanie Kanzler, Berlin.